

Unser Grone



Mitteilungen der **SPD** für die Ortschaft Grone / verantwortlich: Rolf-Georg Köhler / Nr. 50 / September 2013

Gehen Sie zur Bundestagswahl am 22. September

Liebe Gronerinnen und Groner,

zur Bundestagswahl am 22. September 2013 bewerbe ich mich zum dritten Mal als Direktkandidat im Wahlkreis Göttingen.

Mir sind soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Stabilität, gesellschaftliche Modernisierung und die richtige Balance zwischen Freiheit und Sicherheit große Anliegen. Jeder Mensch muss die Chance haben, mit **Bildung** und eigener Anstrengung sein Potenzial zu entfalten und seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Sozial gerecht ist ein **Mindestlohn** von 8,50 € und die Einführung einer Solidarrente für langjährige Beschäftigte. Für wirtschaftliche Stabilität brauchen wir eine ge-
lingende **Ener-
giewende** und Investitionen in Infrastruktur und Wissenschaft. Eine moderne Gesellschaftspolitik umfasst für mich zum Beispiel die doppelte Staatsbürgerschaft, Frauenquote und die **Ab-
schaffung des
Betreuungs-
geldes**. Freiheit und Sicherheit gehören zusammen. Bei aller gebotenen Wachsamkeit für Gefahren trete ich für ein modernes, tolerantes und weltoffenes Deutschland ein.

Als Mitglied des Kompetenzteams für den Bereich der Sicherheits- und Innenpolitik, kämpfe ich mit Peer Steinbrück für eine rot-grüne Bundesregierung. Die Steuerhinterziehungen, die Klientelpolitik und Amigo-Affären der letzten Zeit beschädigen das Vertrauen in den Rechtsstaat. Immer mehr entsteht der Eindruck, dass man die Kleinen hängt und die Großen laufen lässt. In Deutschland darf sich nicht das Recht des Stärkeren durchsetzen, sondern die Stärke des Rechts muss zur Geltung gebracht werden.

In punkto Familienpolitik muss endlich eine Vereinbarung von Beruf und Familie realisiert werden! Wir wollen

Ich hoffe auf eine breite Unterstützung, damit ich als **Ihr gewählter Abgeordneter** im Bundestag weiterhin auf erfolgreiche Weise die Interessen des Wahlkreises vertreten und die laufende Projekte fortführen kann.

Wählen Sie im Herbst den Wechsel! Wählen Sie demokratische und soziale Politik in Deutschland und in Niedersachsen!

Geben Sie mir am 22. September Ihre Erststimme und wählen Sie mit Ihrer Zweitstimme



SPD

das Betreuungsgeld, was vor allem Frauen zuhause hält, abschaffen und das gesparte Geld komplett in den Ausbau von Kitas und Tagespflege investieren.

*Ihr
Thomas
Oppermann*

www.thomasoppermann.de

Gedenken an Heinrich Hampe (1873 - 1946)

Am 25. Mai 1911, am Himmelfahrtstag, setzten sich 18 Groner Genossen zusammen und gründeten in Bürgerpark offiziell den SPD-Ortsverein Grone. Erster Vorsitzender wurde Bruno Frohs, 2. Vorsitzender und Schriftführer wurde Gustav Riemenschneider, Kassierer Karl Harzig. Weitere Gründungsmitglieder waren Heinrich Helwig, Karl Kregel, Wilhelm Fricke, Hermann Wißler, Karl Löhr, Friedrich Kregel und Heinrich Hampe.

Letztgenannter wurde 1911 auch in den Gemeinderat gewählt, als einer von 2 Sozialdemokraten. 1918, in den ersten freien Wahlen, bekam die SPD die Mehrheit im Gemeinderat und Heinrich Hampe wurde der erste sozialdemokratische Bürgermeister Grones. Er legte den Grundstein für eine nur durch den Nationalsozialismus unterbrochene Reihe sozialdemokratischer Bürgermeister.

Die seit dem 30. Januar 1933 amtierende Reichsregierung unter Hitler konnte mit breiter Zustimmung des Reichstags rechnen -

alle Parteien, von der äußersten Rechten bis zu den Liberalen hatten ihre Zustimmung signalisiert. Nur die sozialdemokratischen Abgeordneten - 26 der 120 sozialdemokratischen Abgeordneten waren bereits in Haft

schwerer Krankheit 1945 erneut das Amt des Bürgermeisters in Grone, um offensiv für die Demokratie einzutreten. In Anerkennung seiner Verdienste erhielt er die Ehrenbürgerwürde und den Titel eines Ehrenbürgermeisters. Heinrich Hampe starb vor 67 Jahren im März 1946.



Der Vorstand der Groner SPD hat einem der bedeutendsten Vertreter der SPD in und um Göttingen gedacht und in Anwesenheit von Familienangehörigen am Grab auf dem Friedhof Grone einen Kranz niedergelegt.

oder hatten untertauchen oder fliehen müssen - waren entschlossen, dieses Gesetz abzulehnen. Da die KPD-Abgeordneten bereits verhaftet oder in den Untergrund gedrängt waren, standen die Sozialdemokraten an diesem Tag allein in ihrer Ablehnung und waren den Drohungen und dem Spott der Nationalsozialisten ausgesetzt.

Übrigens



..... dies ist **Hannelore Müller**, unsere neue Ortsheimatpflegerin, die sich mit der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft unseres Ortsteils Grone beschäftigt.

Ein großer Dank ist an ihren Vorgänger **Dieter Krause** zu richten, der dieses Ehrenamt mehrere Jahre erfolgreich ausgeübt hat.



1933 hat die SA Heinrich Hampe aus seinem Amtsg eb ä u d e »entfernt«; bis Kriegsende war seine Familie zahllosen Schikanen durch die Nationalsozialisten ausgesetzt. Er übernahm trotz



Mindestlöhne gibt's nur mit der SPD – gehen Sie wählen!

Liebe Groner Bürgerinnen und Bürger,

herzlichen Dank für ein tolles Wahlergebnis! Bei der Landtagswahl 2013 habe ich mit 11,3 % Vorsprung den Wahlkreis Dank Ihrer Hilfe erneut direkt gewinnen können. Der SPD-Ortsverein Grone hat mich im Wahlkampf sehr gut unterstützt, auch das werde ich nicht vergessen. Darum werde ich auch zukünftig die Interessen Südniedersachsens engagiert im Landtag vertreten. Bürgernähe und aktiver Einsatz für die Probleme vor Ort werden bei Wahlen belohnt, das ist mein Fazit der Landtagswahl. Meine Arbeitsschwerpunkte setze ich weiter vor Ort im Wahlkreis direkt bei den Menschen und ich bleibe:

Ein Mann, auf den Sie bauen können!



Die Landesregierung von CDU und FDP wurde abgewählt, nun weht ein anderer Wind in Hannover. Wir beschäftigen uns zuerst mit den wichtigsten politischen Weichenstellungen.

Dabei stehen eine neue Schulpolitik im Vordergrund, ein neues Vergabegesetz mit Tariftreueverpflichtung und natürlich die Unterstützung einer Bundesratsinitiative für einen flächendeckenden Mindestlohn in Deutschland.

Die skandalösen Verhältnisse in der Fleischindustrie, auf Baustellen, in der Gastronomie oder in anderen Branchen müssen beendet werden. Die CDU will weiterhin die Tarifvertragsparteien in die Pflicht nehmen, aber das wird keine Veränderung bringen, weil die Arbeitgeberseite sich seit vielen Jahren konsequent weigert, mit den Gewerkschaften anständige Tarife auszuhandeln.

Die CDU will sich also gar nicht bewegen! Alle Erklärungen zum Mindestlohn sind Mogelpackungen und sprachliche Verrenkungen.

Die FDP scheut sich nicht, weiterhin offen gegen einen Mindestlohn einzutreten. Die wollen einen freien Markt ohne Regeln, wo alles möglich ist. Welche Auswirkungen der freie Markt mit einem ungezügelter Kapitalismus hat, haben wir bereits eindrucksvoll erlebt. Modernes Sklaventum und Dumpinglöhne sind die Folgen dieser Politik. Und wir alle zahlen die Zeche dafür, weil wir die ausgebeuteten Menschen heute mit staatlichen Aufstockerleistungen subventionieren und später deren Rente ebenfalls bezuschusst werden muss. Dieses Bittstellertum von über 7,5 Millionen Menschen, die bereits heute trotz vollschichtiger Arbeit betroffen sind, ist menschenunwürdig!

Liebe Gronerinnen und Groner, warum ist mir dieses Anliegen besonders wichtig? Die Antwort ist ganz einfach, denn den gesetzlichen Mindestlohn werden

wir nur mit einem Regierungswechsel in Berlin bekommen, denn im Bundestag wird das Gesetz beschlossen, nicht in den Ländern. Die SPD im Bundestag hat sich mit Peer Steinbrück klar positioniert und nur mit der SPD wird es den Mindestlohn geben.

Drum bitte ich Sie herzlich um Mithilfe. Gehen Sie unbedingt wählen! Wählen Sie die SPD und unseren SPD - Direktkandidaten Thomas Oppermann.

Liebe Grüße und alles Gute wünscht Ihnen und Ihrer Familie

Ihr
Ronald Schminke
MdL



Impressum

Unser Grone

Herausgeber:
SPD-Ortsverein und
SPD-Ortsratsfraktion Grone

Redaktion und Fotos:
Vorstand des Ortsvereins
(V. i. S. d. P.: Rolf-Georg Köhler)

Bankverbindung:
Kto.-Nr. 14 003 487 bei der
Sparkasse Göttingen

Auflage: 5.500 Exemplare



Üben Sie Ihr Wahlrecht aus.

Das sind die Regeln

In Deutschland wird der Bundestag nach dem Prinzip der so genannten **personalisierten Verhältniswahl** gewählt. Dieses verbindet zwei Wahlsysteme miteinander – die Verhältniswahl und die Mehrheitswahl. Bei der personalisierten Verhältniswahl hat jeder Wähler **zwei Stimmen** zu vergeben.

Der Deutsche Bundestag besteht regulär aus 598 Abgeordneten. 299 Abgeordnete werden nach relativer Mehrheitswahl direkt in den Wahlkreisen gewählt (**Erststimme**). Dafür stellen sich in jedem Wahlkreis sogenannte Direktkandidaten zur Wahl. Diese können einer Partei angehören oder als Parteilose kandidieren. Gewählt ist, wer die meisten Stimmen bekommen hat (relative Mehrheit). Der oder die Abgeordnete vertritt den Wahlkreis im Bundestag (Direktmandat). Das System der Erststimme stellt sicher, dass alle Regionen in Deutschland im Bundestag vertreten sind.

299 weitere Sitze werden aufgrund des Verhältnisses der für die einzelnen Parteien abgegebenen **Zweitstimmen** vergeben. Das Verhältnis der Zweitstimmen entscheidet darüber, wie stark die einzelnen Parteien im Bundestag vertreten sind (Verhältniswahlsystem).

Durch die Möglichkeit, in den Wahlkreisen Personen direkt zu wählen, erhalten die Wähler im Verhältniswahlsystem einen gewissen Einfluss auf die personelle Zusammensetzung des Parlaments. Deshalb spricht man von einer "personalisierten Verhältniswahl". Dieses System gewährleistet, dass im Bundestag ein weitgehend getreues Abbild der Wählerschaft entsteht und dass jede Stimme grundsätzlich den gleichen Erfolgswert hat. Lediglich jene Stimmen gehen verloren, die für Parteien abgegeben werden, welche bei der Auszählung unter fünf Prozent der Zweitstimmen bleiben (Sperrklausel). Der Wählerwille soll sich so in der Volksvertretung möglichst genau widerspiegeln, was bei einem reinen Mehrheitswahlrecht in der Regel nicht der Fall ist (die Mehrheitswahl zielt vor allem auf die Entstehung klarer Mehrheitsverhältnisse, während das Verhältniswahlrecht eine möglichst gerechte Vertretung der verschiedenen Kräfte erreichen will.)

Wer kann wählen?

Bei der Bundestagswahl sind alle Bürgerinnen und Bürger wahlberechtigt und können wählen (aktives Wahlrecht), wenn sie:

- Deutsche (im Sinne von Artikel 116 Abs. 1 des Grundgesetzes, s.u.) sind
- am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben,
- seit mindestens drei Monaten ihre Wohnung in der Bundesrepublik Deutschland haben oder sich sonst gewöhnlich dort aufhalten,
- nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind und
- im Wählerverzeichnis ihrer Heimatgemeinde geführt werden.

Grundsätzlich sind alle Bürgerinnen und Bürger immer in der Gemeinde wahlberechtigt, in der sie mit Hauptwohnsitz gemeldet sind. Dort werden sie automatisch in das Wählerverzeichnis eingetragen.

Wahlberechtigt sind auch Deutsche, die bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen am Wahltag außerhalb der Bundesrepublik Deutschland leben, sofern sie nach dem 23. Mai 1949 und vor ihrem Fortzug mindestens drei Monate ununterbrochen eine Wohnung in der Bundesrepublik Deutschland gehabt oder sich sonst gewöhnlich dort aufgehalten haben.

Sie haben 2 Stimmen:

**Die Erststimme für
Thomas Oppermann -**

die Zweitstimme für die SPD